

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdener Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Comminummer 25 241.
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Juni 1925 bei täglich einmaliger Zustellung im Hause 1,50 Mark.
Postbezugspreis für einen Monat 3 Mark. Einzahlungstermin 15. Juni.
Die Abnahmen werden nach Goldmark berechnet; die monatliche Abnahme zum dreizehnten des Monats. Für querschnittliche Familienabnahmen sind Postgebühren ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamierliste 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Offenerwerb 10 Pfg. Klausur. Aufträge gegen Vorzahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Mariestraße 38/40.
Druck u. Verlag von Altmann & Reichardt in Dresden.
Polizeisch. Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe. Dresdener Nachr. zulässig. Unautorisierte Übersetzungen werden nicht aufbewahrt.

Uebergabe der Kontrollnote Donnerstag.

Vor langwierigen Verhandlungen über die Entwaffnungsfrage.

Englisch-französischer Gegensatz in der Frage des Garantieangebots. — Die Lage in Schanghai spitzt sich weiter zu.

Dreierlei Forderungen an Deutschland.

Berlin, 3. Juni. Die Ueberreichung der Militärkontrollnote erfolgt voraussichtlich am Donnerstag mittags 12 Uhr in Anwesenheit der Botschafter von England, Frankreich, Italien, Belgien und Japan. Dr. Stresemann kehrt am Mittwoch abend, Dr. Luther am Donnerstag früh nach Berlin zurück. Im Hinblick auf die Note werden wahrscheinlich langwierige Verhandlungen einsetzen, die sich einige Monate hinziehen dürften, bis über alle Beschwördepunkte der Botschafterkonferenz ausreichende Klarheit geschaffen ist. Insbesondere wird die Entwaffnungsfrage auch von der Tagesordnung der Völkerbundkonferenz abgelehrt werden. Andererseits wird erwartet, daß im Zusammenhang mit der Militärkontrollfrage nun auch die Sicherheitsfrage wieder in Blick kommt.

Ueber den Inhalt der Note verlautet, daß die Forderungen an Deutschland für die weitere diplomatische Behandlung in drei Kategorien eingeteilt werden sollen:

1. Forderungen, die ohne weitere Verhandlungen erfüllt werden müssen, darunter die Forderung der Umstellung der Fabriken für den Friedensbetrieb.
2. Die Erfüllung gewisser Bedingungen, bei denen nicht die vollständige Durchsicht, sondern die geistliche Vorbereitung als Beweis des von Deutschland erwarteten guten Willens gelten soll.
3. Forderungen, über die eine Verständigung zwischen den Alliierten und Deutschland gesucht werden muß. Hierfür dürfte die Organisationsänderung der Schupo in Betracht kommen. Wie dem „D. T.“ aus Paris gemeldet wird, wird dort gesagt, daß in der Note unabweisbar erklärt werden soll, die Räumung der Röhler Zone werde bestimmt erfolgen, sobald über die von der Botschafterkonferenz formulierten Bedingungen eine Einigung erreicht ist.

Wie Havas berichtet, wird die Note der Botschafterkonferenz an Deutschland in der Entwaffnungsfrage erst Sonnabend vormittag veröffentlicht werden. (D. T. B.)

Eine neue Pariser Note an England.

London, 3. Juni. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt zur Sicherheitsfrage: Wenn auch die Frage der Verpflichtungen Frankreichs gegenüber Polen und der Tschcho-Slowakei im Zusammenhang mit der entmilitarisierten Rheinzone nur eine Detailfrage bedeutet, sei sie doch sehr wesentlich, und es überrascht nicht, daß die französische Regierung im Besitz sei, ihre Ansichten in dieser Beziehung in einer für London bestimmten Note niederzulegen, die im Laufe der Woche zu erwarten sei. Diese Frage könne in verschiedener Weise geregelt werden, nämlich

- a) im Zusammenhang mit besonderen schiedsgerichtlichen und Schlichtungsverträgen, die zwischen Deutschland und seinen Nachbarn abzuschließen wären.
- b) durch die in der Völkerbundsatzung vorgesehene Methode der Regelung von Streitigkeiten, oder
- c) durch ein besonderes Verfahren, welches in dem Pakt dargelegt wird und die Rechte und Verantwortlichkeiten der Unterzeichner regeln würde.

Das Uebereinkommen zwischen London und Paris über den Sicherheitspakt ist, wie die „Times“ meldet, auch auf die Regelung der interalliierten Schulden und die Politik gegen Rußland angeordnet worden. Die auf dieser Grundlage von Vriand entworfene Note schließt sich an das kürzlich in Paris überreichte englische Memorandum an. Sie wird am Donnerstag von dem französischen Ministerrat genehmigt und dann in London vorgelegt werden.

„Times“ führt aus, daß Frankreichs Finanzlage durch die im Juli und September fällige Einlösungsvorschrift

der schwelenden Schulden so schwierig sei, daß jetzt unmittelbar nach Ubergabe der Note über Deutschlands Abrüstung und über die Sicherheitsfrage die französischen Parteiführer dahin informiert worden wären, daß es Gailung nicht gelungen sei, aus eigener Kraft eine Sanierung der französischen Finanzen herbeizuführen und daß er Hilfe in England und Amerika suchen müsse. Diese Hilfe werde aber nur gewährt werden, wenn eine Schuldenregelung vorgenommen würde. — Der Gedanke Herriots mit Rußland zu einer umfassenden wirtschaftlichen und politischen Verständigung zu gelangen, sei aufgegeben worden.

Keine Durchmarschlaubnis für Frankreich durch die Rheinlandzone?

London, 3. Juni. „Daily Chronicle“ schreibt zur Sicherheitsfrage, daß es eigentlich sei, den Jubel der Pariser Presse über die angeblichen Konzeptionen der englischen Regierung festzustellen.

Es sei nicht wahrscheinlich, daß die englische Regierung einen Garantievorschlag annehmen könne, der Frankreich ein einseitiges Recht gibt, durch ein neutralisiertes Gebiet, das Rheinland, hindurchzumarschieren, um Deutschland anzugreifen, während Deutschland dagegen nicht das Recht habe, durch das Rheinland zu marschieren, um Frankreich anzugreifen.

Wenn Chamberlain wirklich eine solche Bedingung angenommen habe, so sei es auf alle Fälle sicher, daß Deutschland dergleichen niemals annehmen werde. Augenblicklich wisse man allerdings noch nicht, was Chamberlain am Dual D'Orsay vorgeschlagen habe, denn die englische Presse wäre über die Vorgehensweise Chamberlains merkwürdigerweise ganz im Unklaren gelassen.

Die „Westminster Gazette“ glaubt zu wissen, daß Deutschland eine Konferenz für die Regelung der Sicherheitsfrage angeregt habe. Die Zeitung erklärt, daß Deutschland mit offenen Karten spiele. Es sei von Seiten der Alliierten kein Grund vorhanden, die deutschen Vorschläge nur deshalb abzulehnen, weil sie der Initiative der Berliner Regierung entsprungen seien.

„Daily Telegraph“ glaubt, daß noch mehrere Monate verstreichen werden, bis ein Sicherheitsvertrag zustande komme, denn was die englische Regierung angehe, so könne sie auf keinen Fall bindende Verpflichtungen übernehmen, bevor sie nicht mit den Dominions Rücksprache genommen habe. Die ganze Angelegenheit würde erleichtert, wenn von vornherein proklamiert würde, daß das Rheinland unter keinen Umständen von einer bewaffneten Macht betreten werden dürfe, weder von Frankreich, noch von Deutschland.

Belgische Zivilverwaltung für Eupen und Malmedy.

Brüssel, 3. Juni. Ein königliches Dekret ordnet an, daß mit dem 1. Juni die außerordentlichen Vollmachten des Oberkommissars für Eupen und Malmedy und St. Vith ihr Ende erreichen. In der belgischen Presse wird betont, daß zunächst in den Schulen der von Deutschland abgetrennten Gebiete das Deutsche gleichberechtigt neben dem Französischen stehen werde.

Noch immer kein Kabinett in Brüssel.

Paris, 3. Juni. Wie ein Brüsseler Telegramm des „Journal“ besagt, ist der ehemalige katholische Minister Pouillet vom König empfangen worden. Er sei jedoch noch nicht offiziell mit der Kabinettsbildung beauftragt worden. Er werde seine Demarche fortsetzen und dem König noch mitteilen, ob er in der Lage sei, ein katholisch-sozialistisches Ministerium zu bilden. (D. T. B.)

Die „deutsche Hilfe“ für Abd el Krim.

Lügenmärchen der französischen Presse.

Berlin, 3. Juni. Anscheinend vom französischen Hauptquartier in Marokko wird planmäßig das Märchen von einer deutschen Unterstützung der Milice gegen Frankreich verbreitet. Die deutsche Volkspresse hat diese Meldungen wiederholt für falsch erklärt. Es ist festzustellen, daß sich in keinem Bericht des Marokkalis Klanten eine Angabe über eine deutsche Unterstützung findet. Es ist auch von der französischen Regierung zugefagt worden, die französischen Zeitungen in diesem Sinne zu unterrichten. Weiter wurde noch einmal der Informationsdienst des französischen auswärtigen Amtes darüber unterrichtet, daß die französischen Behauptungen falsch sind. Weder die deutsche Regierung, noch die deutsche Industrie oder die deutsche Finanzwelt sind direkt oder indirekt an den Angriffen Abd el Krim's interessiert.

Der französische Marokkobericht.

(Durch Funkdruck.)

Paris, 3. Juni. Havas meldet aus Casablanca, das offizielle Kommuniqué besagt, daß die Lage im Westen von Französisch-Marokko unverändert sei. Die durch den gestern gemeldeten Angriff auf Albane herbeigeführte Landung sei wieder

sichergestellt worden. Der französische Vorken in Albane sei am 31. Mai nachmittags beschossen worden. Die französische Artillerie habe mit Erfolg das Feuer erwidert. Es wird gemeldet, daß eine Abteilung spanischer Truppen in Zaath eingetroffen sei mit dem Auftrag, an den Ufern des Bouffos Patronisengänge zu unternehmen. Abwehraktionen seien in der Gegend von Bou Aelaa eingetroffen. Am mittleren Frontabschnitt hätten die französischen Truppen ihre Ausgansstellungen wieder erreicht, nachdem sie die oben erwähnten Befreiungen vorgenommen und die Verbindungen wieder hergestellt hätten (d. h. der Vorstoß ist mißglückt). D. Schriftl.). Es sei kein Zwischenfall zu verzeichnen. Am Oten sei die Lage stabil. Die französische Artillerie habe feindliche Unterstände zerstört. (D. T. B.)

Antimilitaristische Propagandaveruche.

Paris, 2. Juni. Die Abendblätter veröffentlichen ein längeres Telegramm aus Marokko, in dem mitgeteilt wird, daß zwei Frauen verhaftet wurden, die angeblich antimilitaristische Propagandaschriften nach Marokko befördern wollten. Ein weiterer Beschuldigte ist derselben Verbindung zufolge entkommen. Dieser soll im Rheinland, wo er sich früher aufgehalten haben soll, mit deutschen Kommunisten in Verbindung getreten sein und diese Verbindung auch nach seiner Rückkehr nach Marokko fortgesetzt haben.

Bundes aus Oberschlesien.

Von einem Mitarbeiter in Oberschlesien.

In dem durch den berühmten Genfer Spruch an Polen gefallenen Teile von Oberschlesien sind Kräfte eifrig am Werk, um diesem von deutscher Kultur befruchteten Gebiet so rasch wie möglich den Stempel des Polentums aufzudrücken. Es erinnert das lebhaft an das Bekleben eines Hochaltars, dem entwendeten Gaud ein anderes Aussehen zu geben, bevor der rechtmäßige Besitzer Anspruch auf Wiedererwerb erheben kann.

Die eventuelle Revision der Westgrenzen Polens auf Grund des Sicherheitspacts gibt Polen alle Veranlassung, möglichst viele greifbare Argumente für die Berechtigung der Genfer Entscheidung zu schaffen. Neben dem erbitterten Kampf auf dem Schulgebiete, für den jedes Mittel recht erscheint, um das deutsche Widerbestehen auf das geringste Maß herabzudrücken, sowie anderen, besonders in der Uebergangszeit drückend empfundenen Polonisationsmaßnahmen werden neuerdings Stimmen laut, welche die Anpassung der Familiennamen an die neuen Verhältnisse fordern. Danach sollen die Behörden in den Einwohnerlisten und Standesamtsbüchern die deutschen Namen in polnische abändern bzw. die Schreibweise nach der polnischen Orthographie berichtigen. Von einem Zwang soll beileibe nicht die Rede sein, aber die Mitglieder polnischer Organisationen sollen hinsichtlich der Stellung freiwilliger Beiträge mit gutem Beispiel vorangehen.

Das soll ein Mittel mehr sein, die deutschen Böden von den polnischen Schafen zu scheiden. Und wer die Verhältnisse in Oberschlesien kennt, wird ohne weiteres begreifen, daß diese Maßnahme wie so viele andere in einen stillen Zwang ausarten wird. Oder wird jemand ernsthaft glauben wollen, daß es eine gleichmäßige Behandlung der Angehörigen der Minderheit in Polen gibt, wie das die Verfassung so schön betont? Der billige Rußlandspässe gibt es nur für arme Nationalisten, die Oberschlesien müssen, wenn sie ihre Verwandten in Deutschland besuchen wollen, die volle Taxe bezahlen. Wenn es möglich wäre, möchte man an der ober-schlesischen Grenze Drahtwehre bauen, damit endlich der Wechselverkehr aufhöre, der lediglich dazu dient, den polnischen Staatsbürgern den frassen Unterleib zwischen Hüben und drücken aufzuzeigen und sie zu mißvergnügten Landesfindern der jungen Republik zu machen. Die deutsche Presse in Oberschlesien kann ein besonders trauriges Bild auf die Gleichberechtigung aller Bürger vor dem Gesetz zeigen. Um des lieben Friedens willen wird daher so mancher Deutsche auch diesen Wunsch überpatriotischer Völker erfüllen und sich mit seinem verhandelteten Namen abfinden; Polen aber wird mit der künstlich geschaffenen Lattache vor den internationalen Instanzen argumentieren können, daß es in Oberschlesien gar keine oder nur verschwindend wenige Deutsche gibt und daher eine Berücksichtigung der Grenzlage gegenstandslos ist.

Wie sehr gewisse Menschen alles irritiert, was an die frühere deutsche Zeit in Oberschlesien erinnert, beweist u. a. auch die Forderung der polnischen Presse, den an der ehemaligen Dreifaltigkeitskirche bei Myslowitz befindlichen Bismarkturm einfach abzutragen, damit nicht täglich die zahlreichen Eisenbahnpassagiere dieses Wahrzeichens einer besseren Zeit schauen müssen. Bequäml hat sich sonst im allgemeinen damit, ein ehemals deutsches Denkmal oder Gebäude einfach einem polnischen Helden oder Staatsmann zu weihen, so muß der Bismarkturm vom Erdboden verschwinden. Allerdings soll das Material auf einem Gedenkstein an die schlesischen Kämpfe und die Vereinnahmung Oberschlesiens mit der Ruiter Polen, also sozusagen auf einem Freiheitsdenkmal verbrannt werden, das den Sieg des Polentums über das Preuentum symbolisiert. Daß dieser Sieg lediglich auf das Konto des famosen Intriganten General le Rond von der Interalliierten Kommission zu setzen ist, scheint heute niemand mehr zu wissen oder nicht wissen zu wollen.

Daß der Bismarkturm echten polnischen Patrioten ein Dorn im Auge ist, kann man begreiflich finden; aber daß eine Landwehrmühle in einem Warengeschäft in Kattowitz lediglich deshalb die polnische Presse in Aufregung versetzen kann, weil das Kreuz mit der Aufschrift: „Mit Gott für König und Vaterland“ noch daran haftet, ist geradezu lächerlich, besonders wenn man die Schlussfolgerung zieht, die auf die eventuelle baldige Wiederkehr der „alten Herrschaft“ und die Aussicht auf fremde Abnehmer der Landwehrmühlen hinweist. Es muß doch schlecht um die Gerechtigkeit einer Sache bestellt sein, wenn die Furcht um ihren Bestand dauernd wie ein Gespenst im Nacken sitzt.

Die Deutschen in Oberschlesien sind nun einmal die Prägelknaben, das ist eine Tatsache, an der nichts zu ändern ist. Stach da kürzlich der Direktor der Myslowitzgrube, und die Verwaltung setzte die polnische Staatsflagge auf Dalbman. Es ist natürlich ein Verbrechen, daß der Tod eines dem Polentum völlig fernstehenden Menschen, eines der vielen Feinde Polens, von Leuten derselben Art und Ueberzeugung durch Dissen der Staatsflagge gelehrt wird. Die polnische Presse nennt das einen strafbaren Mißbrauch und ruft wie üblich nach dem Staatsanwalt, der in den meisten Fällen sofort zur Stelle ist, wenn es sich um Deutsche handelt.

Mit welchen Mitteln gearbeitet wird, um den polnischen Volksteil gegen den deutschen aufzuwiegen, beweist die Verbreitung einer Sensationsmeldung über einen großen Raubfund bei einem Deutschen im Fahrzeugs namens Stern, der nach Deutschland geklüftet sein soll. Selbstverständlich wird daran die Bemerkung geknüpft, daß es in